

Herrn Stadtverordneten
Dr. Michael Weber
Chemnitzer Straße 33

35039 Marburg

**Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom
28.06.2013**

hier: Frage Nr. 28

**Welche kommunalen Einnahmequellen kann die Stadt Marburg selbständig
festsetzen?**

Sehr geehrter Herr Dr. Weber,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Die kommunalen "Einnahme"quellen setzen sich aus öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen Erträgen zusammen:

Zu den privatrechtlichen Ertragsquellen gehören unter anderem Mieten/Pachten, Verkaufserlöse und Entgelte aber auch Kredite. Die privatrechtlichen Einnahmen können von der Stadt selbst festgesetzt werden, wobei der "Markt" die Grenzen setzt. Die öffentlich-rechtlichen Erträge stammen aus öffentlich-rechtlichen Abgaben, genauer Steuern, Gebühren, Beiträgen und sonstigen Abgaben, sowie aus sonstigen öffentlich-rechtlichen Erträgen wie Finanzausgleichszuweisungen, Umlagen, Steuerbeteiligungen, Bußgeldern und Zwangsgeldern.

Die sonstigen öffentlich-rechtlichen Erträge werden i. d. R. durch das Grundgesetz bzw. Finanzausgleichsgesetze vorgegeben und können durch die Stadt Marburg nicht beeinflusst werden.

Die Stadt Marburg kann jedoch die Gemeindesteuern eigenständig festsetzen: Im Rahmen der Haushaltssatzung regelt die Stadt die Hebesätze für Grundsteuer A und B sowie für die Gewerbesteuer. Außerdem kann die Stadt örtliche Aufwand- und Verbrauchsteuern, die nicht dem Bund, dem Land oder dem Kreis vorbehalten sind, erheben. Dazu gehören die Hundesteuer, Spielapparatesteuer und Vergnügungssteuer. Diese Steuern werden durch Satzung festgesetzt. Im Rahmen des Steuerfindungsrechts kann die Gemeinde jederzeit weitere örtliche Verbrauch- und Aufwandsteuern erheben. Hierzu zählen z. B. die Zweitwohnungssteuer oder die Bettensteuer.

Verwaltungsgebühren sind in der Regel durch Gesetz festgelegt. Gebühren für Verwaltungshandlungen, die nicht per Gesetz geregelt sind, können von der Stadt per Satzung festgesetzt werden. Benutzungsgebühren können von der Stadt in ihrer Höhe eigenständig festgesetzt werden. Dies ergibt sich aus der Verpflichtung der Stadt ihren Einwohnerinnen und Einwohnern öffentliche Einrichtungen zur Verfügung zu stellen (§19 I HGO) sowie der Verpflichtung der Einwohnerinnen und Einwohner die Gemeindelasten zu tragen (§ 20 HGO). Beispiele für Benutzungsgebühren sind Abwassergebühren, Straßenreinigungsgebühren, Kindergartengebühren, Friedhofsgebühren etc. Auch deren Höhe wird per Satzung festgelegt. Gebühren sollen dabei nach dem Äquivalenzprinzip (Gebühr soll dem Wert der Leistung entsprechen) und dem Kostendeckungsgebot bzw. Kostenüberschreitungsverbot (Gebührenaufkommen darf nicht höher sein, als die Kosten der Einrichtung und die Kosten der Einrichtung sollen i. d. R. durch Gebühren gedeckt werden) erhoben werden.

Für die Bemessung von Beiträgen wie Erschließungsbeiträgen und Straßenbeiträgen wird der Stadt per Gesetz ein Mindesteigenanteil auferlegt. Die Stadt kann dann eigenständig entscheiden, ob sie den Eigenanteil erhöht und die betroffenen Bürgerinnen und Bürger damit entlastet oder bei dem auferlegten Mindesteigenanteil bleibt. Andere Beiträge können im Rahmen einer Satzung festgesetzt werden (z. B. Kanalbeiträge, Kurbeiträge).

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister